



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 05. März 2018

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Seit zwei Wochen ist das Gebiet Ostguta bei Damaskus in Syrien unter Beschuss. 400.000 Menschen leben dort. Was sie durchmachen müssen, nennt der UN-Generalsekretär António Guterres die „Hölle auf Erden.“ Die Bundesregierung spricht von einem Massaker und fordert gemeinsam mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron dessen Ende. Bisher von Truppen kontrolliert, die sich gegen das Regime wenden, wird es nun mittels einer Boden- und Luftoffensive vom syrischen Militär und seinen Verbündeten, darunter die russische Luftwaffe, angegriffen. Wieder gerieten auch Krankenhäuser ins Ziel der angreifenden Truppen, Giftgas kam wieder zum Einsatz. Der UN-Sicherheitsrat hatte eine humanitäre Feuerpause beschlossen, um Menschen evakuieren und Hilfslieferungen in das Gebiet liefern zu können. Ein Beginn wurde nicht festgelegt, kurz nach dem Beschluss begann das Regime überhaupt erst mit der Bodenoffensive. Ein Hilfskonvoi musste gestern seine Mission vorzeitig abbrechen. Das Gebiet wurde weiter beschossen weswegen sich die Mannschaft entschloss, sich zurückzuziehen. Nicht alle LKW konnten entladen werden.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-02/ost-ghuta-syrien-krieg-feuerpause-un-bundesregierung-emmanuel-macron> (21.02.18)
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/ostghuta-hilfskonvoi-syrien> (06.03.18)
- In Ruanda leben etwa 17.000 Menschen, die aus dem Kongo geflohen sind. Ein Protest Ende Februar gegen unzureichende Lebensmittelversorgung im Lager Kiziba endete mit Toten. Je nach Quelle gab es fünf bis 22 Menschen, die durch den Zugriff der ruandischen Polizei starben. Tatsächlich ist die Lebensmittelversorgung nicht mehr ausreichend. Das UNHCR kann auf Grund von Geldmangel die Geflüchteten in Ruanda nur noch mit 0,02 US-Dollar pro Tag unterstützen.
<http://www.taz.de/Fluechtlinge-aus-Kongo-in-Ruanda/!5484727/> (27.02.18)
- 81 von 2312 Rücknahmeersuchen aus Deutschland hat Griechenland im vergangenen Jahr im Rahmen der Dublin-III-Verordnung stattgegeben. Deutschland hat über die Verordnung im vergangenen Jahr 7.102 Menschen aufgenommen und 8.754 Menschen in andere Dublin-Staaten abgeschoben. Die Linke merkt an, dass am Ende die Zahl der Schutzsuchenden in Deutschland sich nicht nennenswert verändert habe. Was bleibe, sei das verursachte Leid bei den Geflüchteten und der enorme bürokratische Aufwand.
<http://www.dw.com/de/griechenland-verweigert-r%C3%BCcknahme-von-fl%C3%BCchtlingen/a-42778246> (01.03.18)

Bund, Land, Kommune

- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat einen, wie die *SZ* es ausdrückt, wegweisenden Bericht verfasst. Wegen deutlicher Mängel im Asylverfahren müsse es eine flächendeckende Asylberatung geben. Die Mängel entstehen laut Ansicht der Behörde nicht durch ihre eigenen Fehler sondern nur mangelnde Information Geflüchteter. Der Koalitionsvertrag sieht eine solche Beratung nun vor. Dies verbessere Fairness, Rechtsstaatlichkeit, Qualität und Effizienz des Asylverfahrens. Eine unabhängige Rechtsberatung wurde in drei „Ankunftszentren“ getestet, die Ergebnisse des Berichts waren noch nicht veröffentlicht. Insbesondere wichtig ist die Anhörungsvorbereitung. Nur dort haben Geflüchtete die Chance, alle Fluchtgründe vorzutragen. Eine absolute Herausforderung für jede*n, der eine Flucht durchlebt hat.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/asylverfahren-schlecht-beraten-1.3885382> (27.02.18)
- Eine Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration zeigt: an Schulen in Deutschland gibt es Segregation. Viele geflüchtete Kinder und Jugendliche haben demnach kaum Kontakt zu Gleichaltrigen, die bereits länger oder schon seit Geburt in Deutschland leben. Dadurch falle das Erlernen der deutschen Sprache nach dem Ankommen schwerer, viele brächten psychische Belastungen mit, die sich auch auf Bildungsbiographie auswirkten. Die untersuchten Schulen hätten Erfahrung im Umgang mit Zuwanderung und sprachlicher Vielfalt, so die Forscher*innen, sodass ein Großteil der Schüler*innen nach den Vorbereitungsklassen im Regelunterricht Erfolge erzielen könne. Perspektiven sieht die Studie darin, Lehrer*innen speziell im Umgang mit Sprachbarrieren und zu Migration und den psychischen Folgen von Flucht zu schulen und Schüler*innen und geschultes Personal müssten gezielter auf verschiedene Schulen verteilt werden.
<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/fluechtlinge-an-schulen-das-problem-heisst-segregation-a-1194851.html> (01.03.18)
- Morgen wird das Urteil gegen die Gruppe Freital verkündet. Ihre letzten Worte im Prozess sprachen die Angeklagten vergangene Woche. Ihnen wird vorgeworfen, Anschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten und politische Gegner*innen verübt zu haben. Dabei hätten sie immer wieder und bewusst das Leben von Menschen riskiert.
<https://www.mdr.de/sachsen/dresden/gruppe-freital-prozess-104.html> (27.02.18)
- Im vergangenen Jahr gab es bundesweit 1.906 Straftagen gegen Geflüchtete und 313 gegen ihre Unterkünfte. Weiterhin wurde in 183 Fällen eine Straftat gegenüber Politiker*innen für ihre pro Asylpolitik verübt. Die Zahl bleibt auf einem hohen Level, auch wenn sie gegenüber dem Vorjahr gesunken ist. Konstant geblieben ist die rassistische Hetze, die solchen Taten den Boden bereitet.
<http://www.taz.de/Angriffe-auf-Politiker-in-Deutschland/!5488677/> (2.3.18)
- André Poggenburg, ein Rassist und Hetzer sowie Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, wird die Enquetekommission zum Thema „Linksextremismus“ leiten. Ganz großen Beifall für die hiesige CDU...
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-andre-poggenburg-leitet-kommission-des-landtags-zu-linksextremismus-a-1196215.html> (02.03.2018)
- In Wurzen wurde vergangene Woche eine schwangere Frau angegriffen und beleidigt. Die Frau wurde ambulant behandelt, dem Ungeborenen gehe es gut. Laut dem hiesigen Netzwerk für demokratische Kultur war die Tat rassistisch motiviert. Die *taz* gibt einen Überblick über die rassistischen Übergriffe, die es in der Vergangenheit in der Stadt gab.
<https://www.mdr.de/sachsen/leipzig/zeugenaufwurf-wurzen-100.html> (28.02.18)
<http://www.taz.de/!5488491/> (01.03.18)

- Am Freitag hat die Sächsische Härtefallkommission den Fall von Familie Zejneli aus Leipzig abgelehnt. Ihr Sohn Luan Zejneli hatte über selbige Kommission am 19. Mai 2017 ein Bleiberecht zugesprochen bekommen. Anfang Januar dann war es notwendig geworden, auch die weiteren Familienmitglieder einzureichen. Momentan wird darum gekämpft, die Familieneinheit in Deutschland zu erhalten, die Aussichten sind jedoch alles andere als gewiss.
<https://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2018/03/Luans-Familie-scheitert-mit-Haertefallantrag-208142>
 (03.03.2018)
 Unterstützungsbrief von Luan für seine Eltern an die Mitglieder der Härtefallkommission:
<https://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2018/02/Ein-Brief-an-die-Haertefallkommission-%E2%80%9EOhne-Familie-zu-leben-schaffe-ich-nicht%E2%80%9C-207511> (27.02.2018)
- Ebenso abgelehnt wurde Bechir Arafet aus Dresden, der dort ein Restaurant leitet. Für ihn besteht nun die Option, „freiwillig“ nach Tunesien auszureisen und mittels eines Arbeitsvisums zurückzukehren. Ob dem stattgegeben wird, ist unklar.
<http://www.sz-online.de/nachrichten/kommission-fuer-abschiebung-von-restaurantleiter-3890371.html> (02.03.18)
- Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge versuchen am Morgen des 28. Februars Polizei und Ausländerbehörde, eine Familie zu trennen. Als das zu misslingen droht, greifen die Polizist*innen zu rabiateren Methoden und dringen in die Wohnung der Ehefrau ein. Der aufenthaltsrechtliche Status des Ehemanns war nicht geklärt. Erneut will eine Ausländerbehörde Tatsachen schaffen und wiegt Betroffene in falschem Vertrauen. Die Familie Hovannisyan/ Poghosyan erlebte im September 2017 ähnliches unter anderen Vorzeichen (PM von damals). Nach Grundrechtseingriffen wie Familientrennungen, Kindeswohlgefährdung, der Abschiebung schwangerer Frauen sowie von Menschen mit Behinderung wird nun auch die Unverletzlichkeit der Wohnung infrage gestellt.
<http://www.sz-online.de/nachrichten/der-abschiebung-entkommen-3889960.html> (02.03.18)
 PM von gestern: <http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2018/03/05/pm-versuchte-abschiebung-in-saechsischer-schweiz-ehe-kinder-wohnung-im-fokus/>

Hintergrund und Meinung

- Die Lüge sei zum Bestandteil der russischen Syrienpolitik geworden. Der Einsatz von Chlorgas durch das syrische Regime wurde bestritten, obwohl auf Rebell*innenseite niemand die Luftwaffe hat, um es überhaupt abzuwerfen. Dabei hatte auch Russland den Einsatz im UN-Sicherheitsrat geächtet und untersagt. Die russische Regierung gebe sich nicht einmal mehr die Mühe um Plausibilität. Alle Resolutionen, Konferenzen und Stillstände hätten nichts gebracht. Sie haben dem Regime nur immer wieder die Gelegenheit gegeben, erneut Kräfte zu sammeln und Truppen zu verschieben. Diejenigen Zivilist*innen aus Ghuta, die momentan in die Region von Idlib evakuiert werden, können auch nicht mehr als mit einem Aufschub rechnen. Das Regime sei auch nicht zu der kleinsten humanitären Geste mehr bereit, sobald sich die Angriffe wieder auf Idlib konzentrierten, sind die Menschen wieder in Gefahr. „Ein Tod auf Raten“, kommentiert Bente Schellert in der *Zeit*.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-02/syrien-ostghuta-waffenruhe-un-sicherheitsrat-resolution>
 (27.02.18)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
 Dammweg 4
 01097 Dresden
 E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
 Burgstraße 27
 04109 Leipzig
 Email: pr@rlc.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

